Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 52 (1958)

Heft: 4

Artikel: Weltrundschau : ein Schritt vorwärts ; ...und einer zurück ; Wie kämpfen wir recht? ; Erschütterte Weltstellung Amerikas ; Ein Heide zu Christen

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140265

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein Schritt vorwärts Die beiden wichtigsten Ereignisse weltpolitischer Art in der Berichtszeit sind die Einstellung der sowjetischen Atombombenversuche und die Zustimmung des Bonner Bundesparlaments zur Ausrüstung der westdeutschen Wehrmacht mit Atomwaffen eigener und ausländischer Produktion. Zwei Ereignisse also, hinter denen Triebkräfte genau entgegengesetzten Charakters stehen.

Die Westmächte und ihre «neutralen» Nachbeter haben natürlich auf den Beschluß der Moskauer Regierung so geantwortet, wie wir es von ihnen längst gewohnt sind – mit dem Geschrei nämlich: «Alles nur Propaganda, nur Stör- und Verwirrungsmanöver zum Zweck der Wehrlosmachung der freien Welt!», und mit der Verkündung ihrer Entschlossenheit, unbeirrt ihre Versuche mit Kernwaffen aller Art fortzusetzen. Nun ist es zwar sicher, daß Chruschtschew, der nun an Stelle Bulganins auch formell an die Spitze der Sowjetregierung getreten ist, mit seinem ersten bedeutenden Regierungsakt auch Propagandaabsichten verfolgt. Er will die Westmächte vor die Wahl stellen, entweder ebenfalls ihre Atomexperimente einzustellen oder sich dann durch deren Weiterführung vor der ganzen Welt ins Unrecht zu setzen. Die Sowjetunion, die soeben eine neue Reihe von Kernwaffenversuchen abgeschlossen hat und für die Auswertung ihrer Ergebnisse mindestens ein Jahr braucht, hat es auch leichter, vorläufig einmal auf weitere Experimente zu verzichten als die Vereinigten Staaten, die gerade jetzt ihrerseits eine solche Versuchsreihe beginnen wollten. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Sowjetunion mit ihrem Beschluß grundsätzlich im Recht ist. Wir haben zu lange und mit zu guten Gründen die – wenn nötig einseitige – Einstellung der Kernwaffenversuche gefordert, als ersten Schritt zur allgemeinen, sämtliche Waffenarten erfassenden Abrüstung, als daß wir nun, da Moskau diesen Schritt tut, ihn nur darum verdammen könnten, weil die Sowjetunion es propagandistisch ausnützen kann, wenn die Westmächte nicht nachfolgen. Dies um so weniger, als Chruschtschew sich ausdrücklich bereit erklärt hat, die Kontrolle der Westmächte über die Ausführung des sowjetischen Beschlusses anzunehmen. Ist etwa auch das Propaganda? Die sonst höchst antikommunistisch ausgerichtete Wiener «Arbeiterzeitung» antwortet ganz richtig: «Gut, so ist es Propaganda. Um so mehr sollen die Westmächte jetzt auch für sich Propaganda machen, indem sie die Atomversuche einstellen. Diese Art von Propaganda wird sich die ganze Welt gern gefallen lassen ... Wenn Ministerpräsident Chruschtschew als ‚neuer Besen' bestrebt ist, veraltete strategische Vorstellungen wegzukehren, so ist das nur gut. Und wenn er damit nach Popularität hascht, um so besser. Er soll weiterhaschen.»

Was würden denn die Vereinigten Staaten und England (Frankreich ist mit der Herstellung eigener Atombomben noch nicht fertig) eigentlich verlieren, wenn sie nicht mehr weiterexperimentieren könnten? Genügt ihr Bombenvorrat nicht schon längst, um alles Leben auf dem Erdball auszulöschen? Müssen sie auch noch «saubere», von radioaktiven Wirkungen freie Kernwaffen, atomare Abwehrraketen, atomare Tiefseebomben gegen Unterseeboote und dergleichen haben, bevor sie auf ihre Versuchsexplosionen verzichten können? Nein, mit diesem blöden Vervollkommnungsfimmel, diesem rein technisch-militärischen Denken muß nun einfach einmal gebrochen werden. Und jetzt ist der Augenblick da, um mit der Einstellung der Atomversuche jene Änderung des international-politischen Klimas einzuleiten, die die entscheidende Voraussetzung für eine konsequente Abrüstung und die Verhinderung eines dritten Weltkrieges ist. Denn das ist natürlich klar: die Einstellung der Atomexperimente darf nur der Anfang der lebensnotwendigen west-östlichen Entspannung sein. Weitere Schritte, bis hin zur völligen Unterdrückung der atomaren und konventionellen Rüstungen, müssen folgen und können folgen in dem Maß, als das tödliche Mißtrauen zwischen den beiden feindlichen Welten, die sich bis an die Zähne gerüstet gegenüberstehen, einem redlichen Vertrauen und einer friedlichen Zusammenarbeit weicht. Dazu müssen beide Teile beitragen. Die Sowjetunion darf nicht den Beschluß, den sie jetzt gefaßt hat, wieder umstoßen, falls die Westmächte endgültig auf der Fortsetzung ihrer Atomversuche bestehen sollten; sie muß das wenn auch noch so schwere Risiko auf sich nehmen, daß sie militärisch in Nachteil kommen könnte, wenn die Westmächte auf dem von ihr eingeschlagenen Weg nicht bald nachfolgen. Auf diesem Weg sind eben Gefahren und Opfer unvermeidlich, und wer sie nicht zu bringen vermag, der soll ihn überhaupt nicht betreten. Das Ziel erreicht nur der, der fest und unerschütterlich bleibt im Vertrauen darauf, daß – um Gladstones Wort auch hier anzuwenden – politisch nicht falsch sein kann, was moralisch richtig ist. Von den Westmächten aber muß gefordert werden, daß sie ihre – wirkliche oder vorgeschützte – Furcht vor einem technisch-strategischen Vorteil, den die Russen durch einen allgemeinen Verzicht auf weitere Atomwaffenversuche gewinnen könnten, fallen und dem von der Sowjetunion getanen Schritt einen zweiten folgen lassen, den sie selbst zu machen haben. Sie haben – wie an dieser Stelle immer wieder gezeigt wurde – die während der letzten Jahre geführten west-östlichen Abrüstungsverhandlungen immer wieder sabotiert, sooft auch die Sowjetunion ihren Vorschlägen entgegenkam. Sie dürfen sich darum nicht wundern, wenn man jetzt in Moskau von dieser Methode genug hat und zu einer andern übergegangen ist, die über den toten Punkt hinauszuführen geeignet ist, weil nun wirklich die eine Partei durch die Tat beweist, daß es ihr mit der Abrüstung ernst ist. Der Westen würde neue, schwere Schuld auf sich laden, wenn er auf seinem Nein gegenüber der russischen Einladung beharren und

eine Politik – die «Politik der Stärke» – weitertreiben wollte, die das Ziel der Abrüstung auf dem Weg der höchstgesteigerten Aufrüstung erreichen zu können behauptet.

. . . und einer zurück Aber freilich, es spricht ja alles dafür, daß die Westmächte völlig entschlossen sind, ihren verhängnisvollen Kurs weiterzusteuern, und sich nicht scheuen, Schuld auf Schuld sich weiterhin aufzuladen. Wie hätten sie sonst Westdeutschland veranlassen können, seine neue Armee – allen früheren Beteuerungen des Gegenteils zum Trotz – nun doch mit Atomwaffen auszurüsten und amerikanische Abschußrampen für Atomraketen auf seinem Boden zu dulden? Der Beschluß, den der Bonner Bundestag darüber am 25. März gefaßt hat, ist zwar «nur» grundsätzlicher Art und soll erst in zwei Jahren endgültige, praktische Form annehmen. Aber es ist gerade diese Hast, eine unwiderrufliche, fertige Tatsache schon jetzt zu schaffen, die dem Vorgehen der Regierung Adenauer und ihrer fügsamen Parlamentsmehrheit seinen gemeingefährlichen Charakter gibt. Erklärlich ist es nur, wenn man annimmt, daß Adenauer und die Regierungspartei fürchten, eine künftige Gipfelkonferenz könne doch irgendwie die Neutralisierung Westdeutschlands vorbereiten, und darum entschlossen sind, die Bundesrepublik unauflöslich mit der NATO zusammenzuketten. General Heusinger an der Pariser Tagung der NATO-Generalstabschefs und Wehrminister Strauß bei seinem Besuch in Washington haben die westdeutsche Regierung offenbar bereits so stark festgelegt, daß der Bundestag glaubte, gar nicht mehr anders zu können, als – sicher nicht mit gutem Gewissen – ja und amen zu der atomaren Bewaffnung der Wehrmacht zu sagen. Und das, obwohl nach anscheinend zuverlässigen Schätzungen die große Mehrheit des westdeutschen Volkes gegen alle Atomwaffen ist. So sieht die Demokratie im Reiche Adenauers aus! Eine Minderheit regiert – die Minderheit der reaktionär-kapitalistischen und national-militaristischen Herrenschicht, die bereits zwei Weltkriege entfesselt hat und nun, unbekehrt und unbelehrt, den dritten vorbereitet. Dieser Herrenschicht, die zu allem fähig ist, gibt man die fürchterlichsten Massenvernichtungswaffen in die Hand, die menschlicher Geist je ersonnen hat! Daß Westdeutschland jetzt Mitglied der Vereinigung freier Nationen sei und seine Atomwaffen nur mit Zustimmung seiner Verbündeten, also zu reinen Verteidigungszwecken, verwenden könne, ist ein Trost, den nur der annimmt, der keine Ahnung von der dämonischen Fessellosigkeit desjenigen deutschen Geistes hat, der einen Friedrich den Zweiten und Bismarck, einen Ludendorff und Hitler hervorgebracht hat, nur der auch, der immer noch an das Märchen von der unbedingten Friedfertigkeit kapitalistischer «Demokratien» glaubt. Vor den Folgen, die der Atomwaffenbeschluß des westdeutschen Bundestags haben kann, haben muß, graut bereits vielen Deutschen selbst. In dem Konflikt zwischen Staatsraison und Moral, vor dem der Bundes-

tag gestanden sei, habe wieder einmal die Staatsraison gesiegt, so stellt in der Hamburger «Welt» (Nr. 69) ihr Chefredaktor Hans Zehrer fest. Damit sei mehr niedergewalzt worden, als heute schon erkennbar sei. «Niedergewalzt wurden die religiösen Beschwörungen der kirchlichen Kreise und die Warnungen der geistigen, die in dem Aufruf der 18 Göttinger Professoren und in den Appellen der Universitäten und Studenten zum Ausdruck kamen. Beiseite geschoben wurden die ethischen und moralischen Elemente, von den menschlichen ganz zu schweigen. ... Und versäumt wurde eine unwiederbringliche Chance, nämlich diejenige: daß ein Volk, das seine geschichtliche Schuld vor der Geschichte noch in keiner Weise aufarbeiten konnte, heute, wo es von den Weltmächten so oder so auf seine alte militärische Leistungsfähigkeit angesprochen wird, aus den Tiefen seines Wesens heraus vor aller Welt erklärt, daß es diesen Weg nicht mehr gehen kann.»

Westdeutschland hat statt dessen zynisch erklärt, daß es seinen alten Weg aufs neue zu gehen entschlossen sei. Es hat damit die West-Ost-Spannung wissentlich verschärft, seine Trennung von Ostdeutschland auf alle absehbare Zeit unheilbar gemacht und den Staaten, die noch keine Atomwaffen haben, ein Beispiel gegeben, das sehr wahrscheinlich nur zu bald Nachahmung finden wird. Die Opposition gegen die atomare Rüstung und gegen die Außenpolitik der Regierung Adenauer überhaupt ist zwar auch da und wehrt sich oft sehr wacker. Sie redet sogar von einer Volksabstimmung, die sie durchsetzen wolle, ja von einem politischen Generalstreik und von der Notwendigkeit, den «nationalen Notstand» zu erklären, Adenauer zu stürzen und eine überparteiliche neue Regierung einzusetzen. Allein das sind doch alles hilflose Utopien, bloßer Ausdruck der inneren Kraftlosigkeit des Großteils der Widerstandsgruppen, die gegen die Logik der Rüstungsgläubigen nicht aufzukommen vermögen. Denn die Wehrpolitik der Bonner Regierung, bis hin zur atomaren Rüstung, ist ja in ihrer ganzen Beweisführung doch unwiderleglich und durchaus folgerichtig, solange man die beiden Voraussetzungen annimmt, von denen sie ausgeht: Erstens, daß die Sowjetunion der Todfeind Deutschlands und des Westens sei, und zweitens, daß nur die massivste Militärrüstung, die vor keiner Konsequenz zurückschrecke, den Angriff der Roten Armee auf Westeuropa und Amerika verhindern könne. Die Hauptgruppen der Opposition, vorab die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, stimmen diesen Voraussetzungen mehr oder weniger vorbehaltlos zu. Wie wollen sie da den Schlußfolgerungen ausweichen, die sich daraus zwangsläufig ergeben, auch wenn ihnen innerlich davor graut? Die Mehrheit des deutschen Volkes hat auch die «Exzesse» des Nazismus innerlich abgelehnt und mußte sie sich doch gefallen lassen, weil sie entscheidende Grundanschauungen und -forderungen der Hitlerbewegung durchaus bejahte: deutsche Wiederbewaffnung, Wiederherstellung der deutschen Weltgeltung, Angliederung Österreichs, des Sudetenlands und der im ersten Krieg an Polen verlorenen Gebiete, Beseiti-

gung der «Judenherrschaft» usw., wie überhaupt die nationalistischen und militaristischen Irrlehren, die der Nationalsozialismus nur am konsequentesten weitergebildet hat. Die Geschichte scheint sich – wenigstens in Deutschland – eben doch zu wiederholen . . .

Wie kämpfen wir recht! Soll der Widerstand gegen den Atomtod, der jetzt wie in Westdeutschland, so in allen westlichen Ländern erwacht, wirklich Durchschlagskraft bekommen, so sind, dem Gesagten entsprechend, zwei Grundbedingungen zu erfüllen. Der Widerstand darf zunächst nicht den atomaren Rüstungen allein gelten, sondern muß sich gegen den ganzen Irrglauben an die friedensichernde Macht der Kriegsvorbereitungen richten. Die Revolution der Kriegstechnik, deren Zeugen wir sind, hat den Krieg als Mittel der Politik endgültig unmöglich gemacht und darum auch den Kriegsrüstungen jeglichen Sinn genommen. Bloß den mutmaßlichen Gegner bluffen zu können – das ist kein vernünftiger Zweck der Anhäufung militärischer Machtmittel, die man im Ernst ja doch nicht mehr einsetzen will, weil das schierer Selbstmord wäre. Wir müssen in bezug auf Landesverteidigung und Völkerkonflikte radikal umdenken – oder wir werden einfach zugrunde gehen.

Aber wir dürfen bei diesem ersten Schritt, so gewaltig er ist, nicht stehenbleiben. Man braucht nur die «Neue Zürcher Zeitung» zu lesen, um zu wissen, daß die Furcht vor dem Atomtod von den Verteidigern der bestehenden Ordnung ganz planmäßig lächerlich gemacht und als bewußte oder unbewußte Schützenhilfe an die kommunistischen Welteroberer hingestellt wird. Ich habe schon in der letzten Weltrundschau darauf hingewiesen, wie auf westmächtlicher Seite der Glaube genährt wird, in einem Atomkrieg werde schließlich trotz allem die Sache der «freien Welt» siegen* – ähnlich wie umgekehrt im Sowjetlager die Illusion gehegt wird, ein Atomkrieg werde den Kapitalismus aus der Welt schaffen, aber den Kommunismus überleben lassen. Und wenn man dann diesen Illusionisten die Wirklichkeit des Atomkrieges entgegenhält, so antworten sie, wenigstens im Westen, mit dem Verzweiflungsschrei: «Lieber tot als Sklav'! Lieber soll die Welt zugrunde gehen, als daß sie kommunistisch wird!» Ihr hysterischer Antikommunismus macht zahllose Menschen im Westen einfach blind für die unheimliche Gefahr, in der wir seit der Erfindung der Massenvernichtungswaffen

* Die «Detroit News» (3. April) schreiben in dieser Beziehung sehr mit Recht, Mr. Dulles stelle mit einer seiner jüngsten Erklärungen die amerikanische Außenpolitik ins schlechtestmögliche Licht. «Einer Welt, die gierig auch auf die geringste Hemmung des atomaren Wettrüstens aus ist, gibt er zu verstehen, daß das Rennen gegenwärtig so glänzend weitergehe, daß wir vielleicht bald Waffen haben, die den Krieg wieder brauchbar machen werden . . . Im Besitz eines Kernwaffenvorrats, von dem wir annahmen, er habe einen Krieg undenkbar gemacht, suchen wir jetzt ‚diese Waffen in ein Werkzeug umzuwandeln, das anwendbar würde, ohne weitreichende Vernichtung von Menschenleben herbeizuführen'.»

tatsächlich stehen, oder läßt sie in einen selbstmörderischen «Heroismus» verfallen, mit dem zu rechten natürlich gänzlich sinnlos wäre.

Wir müssen darum diese Menschen vor allem von ihrer sachlich unbegründeten, aber panikartigen Angst vor einer sowjetischen Invasion befreien, wenn wir ihre Augen für die niederschmetternden Tatsachen des Atomkrieges öffnen wollen. Die Staats- und Militärführer des Westens teilen zwar diese Angst gar nicht; sie wissen genau – und sagen es auch zuweilen offen –, daß die Sowjetunion auch ohne die abschreckende Wirkung der amerikanischen H-Bomben keine kriegerischen Absichten hegt, vielmehr froh wäre, wenn sie ihr riesenhaftes Um- und Aufbauwerk auf ihrem eigenen Boden ungestört weiterführen könnte. Aber sie brauchen eben – wie auch der an Kriegslieferungen interessierte Teil der Wirtschaftsführer – die Kommunistenangst der Völker, um die gewaltigen Kriegsvorbereitungen aufrechterhalten zu können, mit denen sie die Sowjetunion zur Kapitulation zwingen zu können meinen. Mit der Ausmalung der Schrecken, die eine Überschwemmung des Westens durch die ungezählten sowjetisch-mongolischen Heerscharen über uns bringen müsse, gelingt es ihnen immer wieder, die klare Anschauung der schon heute ermeßbaren Folgen eines atomaren Totalkrieges zu verdunkeln und die Völker für die Hinnahme jeder, auch der unsinnigsten Rüstungsmaßnahme zu gewinnen.

Auf die große Masse der sich frei nennenden Menschen macht es darum nicht viel Eindruck, wenn zum Beispiel Bertrand Russell, der gefeierte englische Denker, im «New Statesman» (5. April) schreibt: «Wir sind alle in Gefahr, in Todesgefahr, wir selbst, unsere Kinder, unsere Enkel, wenn auch nicht unsere Urenkel, sofern uns der Erfolg versagt bleibt; denn wenn wir (gemeint ist: mit dem Kampf gegen die Atomrüstungen) nicht durchdringen, werden wir keine Urenkel haben. Im Vergleich mit dieser Gefahr sind alle anderen Fragen bedeutungslos. Was wird es auch ausmachen, wer recht hatte und wer unrecht, wenn überhaupt keine menschlichen Wesen mehr am Leben sind?» Für die «freien Nationen» ist es eben gerade nicht bedeutungslos, wer recht hat – der Kommunismus oder der Kapitalismus; sie stehen so stark unter dem Bann der ihnen aufsuggerierten Furcht vor einem Angriffskrieg des kommunistischen Ostens, daß sie sich ohne militärische Höchstrüstung einfach für verloren halten. Erst wenn der auf den Westvölkern liegende Bann gebrochen ist und es ihnen bewußt wird, daß die wirkliche Gefahr, die vom Kommunismus droht, nicht militärischer, sondern geistiger, ja zuletzt religiöser Art ist, werden sie bereit sein, einen Vernunftschluß anzunehmen, wie ihn Lord Russell aus der Drohung des Atomtodes zieht: «Ich rege nicht an, daß die Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Antikommunismus aufhören solle. Was ich anrege, ist vielmehr, daß die Auseinandersetzung nicht auf militärischem Boden geführt werden sollte.»

Das ist in der Tat die Grundforderung, die wir an die Führer und

Völker des zivilisierten Abendlandes zu stellen haben: Einstellung des Kalten Krieges mit allem, was dazu gehört – eine Forderung, die aber, wie nochmals gesagt sei, nur in dem Maß erfüllt werden wird, da sich die Völker nicht mehr von dem Gespenst eines russischen Einbruchs in den Westen werden schrecken lassen. Wie weit wir noch von diesem Ziel entfernt sind, können wir freilich jeden Tag feststellen.* Die Art und Weise, wie der Westen auf die sowjetischen Sputnik-Leistungen geantwortet hat, ist ja neuerdings wieder ganz bezeichnend gewesen. Er sieht darin – wenn nicht nur, so doch in erster Linie eine Verschärfung der vermeintlichen militärischen Drohung aus dem Osten und bietet alles auf, um sie so gründlich wie nur immer möglich durch Steigerung der eigenen atomaren Rüstungen zu parieren. Natürlich sind die Russen auch nicht faul und vervollkommnen ihrerseits das Kriegspotential des Ostens so gut wie möglich. Sollte es unmöglich sein, dieses Wettrennen zu stoppen, bevor die Maschinen alle miteinander in den Abgrund sausen?

Erschütterte Weltstellung Amerikas Sehr viel hängt für ein Gelingen der weltweiten Versuche zur Rettung des Friedens natürlich von den Vereinigten Staaten ab – sehr viel, wenn auch zum Glück nicht alles. Denn von sich allein aus wird sich die amerikanische Union kaum zu einer grundsätzlichen Änderung ihres weltpolitischen Kurses verstehen; dazu sind die mit der «Politik der Stärke» verknüpften Interessen noch viel zu mächtig. Aber vielleicht entwickelt sich die Weltlage allmählich doch so, daß sich Amerika je länger, je weniger auf seine bisherigen Bundesgenossen und Gefolgsstaaten stützen kann und es einfach nicht mehr riskieren darf, sie in die große Endauseinandersetzung mit der kom-

* Zum Beispiel anhand des Leitartikels, den Professor Emil Brunner für die «Neue Zürcher Zeitung» vom Sonntag, 13. April, geschrieben hat. Ohne auch nur den Versuch zu machen, es irgendwie zu beweisen, geht Brunner von der für ihn anscheinend axiomatischen Charakter tragenden Behauptung aus, die Sowjetunion sei von einem «skrupellosen Kriegswillen» erfüllt. Schon das ist falsch, unhaltbar. Und erst recht unhaltbar ist, mindestens für einen Christen, die Verteidigung der atomaren Rüstungen des Westens als eines entscheidenden Mittels, um den sonst drohenden russischen Angriff zu verhindern. Denn der Atomkrieg, den zu führen man doch entschlossen sein muß, wenn man mit seiner Androhung den Gegner einschüchtern will, ist ja wirklich – wie Brunner selbst zuzugestehen scheint – eine derartige sittliche und religiöse Ungeheuerlichkeit, daß kein politisches Argument zu seinen Gunsten mehr in die Waagschale geworfen werden darf. Die Ablehnung der Atomrüstung als bloßes «moralisches Postulat» abzutun, das den Forderungen des «politischen Denkens» gegenüber ohne Gewicht sei, verrät einen derartig anmaßenden Mangel an Gehorsam gegen das gerade in der Atomkriegsfrage unbedingte Geltung beanspruchende Gebot Gottes, einen derartigen Mangel auch an Vertrauen in den Schutz, den solcher Gehorsam einem Volk in seinem Streben nach Existenzsicherung geben würde, daß man das Recht hat, über solche Glaubenslosigkeit bei einem Theologen erstaunt zu sein. Was haben bei dieser Haltung alle gelehrten Bücher über christliche Ethik und Dogmatik noch für einen Überzeugungswert?

munistischen Welt hineinzureißen, die ihm vorschwebt. Eine solche Entwicklung könnte zwar – das liegt auf der Hand – auch gerade die umgekehrte Wirkung auf die Planer der amerikanischen Außenpolitik ausüben, die in um so stärkere Versuchung kämen, vorbeugenderweise loszuschlagen, je schwächer Amerikas Rückhalt an den übrigen Teilhabern der antikommunistischen Militärbündnisse zu werden droht. Aber vorerst besteht noch durchaus die Möglichkeit, daß die Schwierigkeiten, die die Vereinigten Staaten mit ihren bisherigen Weggenossen haben, eine Fortführung der Druck- und Drohpolitik gegenüber der Sowjetunion und China mehr und mehr ausschließen. Diese Schwierigkeiten sind in den letzten Wochen in Washington als überaus peinlich empfunden worden und werden auch in der voraussehbaren Zukunft nicht geringer werden. «Die Dinge entwickeln sich im Ausland für die Vereinigten Staaten nicht gut», seufzt ein im allgemeinen so nüchtern urteilendes Organ wie «U. S. News &World Report» (21. März), um fortzufahren: «Wieder häufen sich die Verwicklungen an . . . Amerika gerät als Weltunternehmer überall in stürmisches Wetter.» Besondere Sorge müsse die Lage in Indonesien machen, wo in der Tat die im Westen mit soviel Hoffnungen begrüßte Aufstandsbewegung gegen die stark linksorientierte Zentralregierung nicht mehr vorwärts zu kommen scheint. «Angenommen», so schreibt das Blatt, «die Roten legen die Hand auf Indonesien – was dann? Man bekommt die Antwort von den amerikanischen Militärs, die an der Südostasien-Konferenz in Manila teilgenommen haben: Ein kommunistisches Indonesien könnte lebenswichtige Luft- und Seeverbindungen abschneiden. Es sind das die Wege, die jetzt Australien und Neuseeland – Verbündete Amerikas – mit Singapur und Europa verbinden. Die Stützpunkte in Singapur und Malaia wären gefährdet. Und ein rotes Indonesien würde die Kommunisten an die Südflanke der Philippinen heranbringen . . . Wiederum erhebt sich die Frage, wie Militärbündnisse den roten Umsturzversuchen Einhalt tun können. Die SEATO, die Südostasiatische Vertragsorganisation, hat die Roten nicht hindern können, ihre Macht in Indonesien zu steigern. NATO, die Nordatlantische Vertragsorganisation, scheint außerstande zu sein, einen nordafrikanischen Krieg zu beenden, der die NATO weit aufzureißen und den Kommunisten das Eindringen in Algerien leicht zu machen droht. Der Bagdadpakt hat Sowjetrußland nicht gehindert, uns überhüpfend, sich in Syrien und Ägypten festzusetzen. So hörte man auch in Manila die Frage: Kann die SEATO weiterbestehen, wenn die Roten die Schranken überspringen, die dieser Pakt aufgerichtet hat, und Indonesien eben doch in die Hand bekommen?»

Ähnlich klagte auch Unterstaatssekretär Robertson vom amerikanischen Staatsdepartement letzthin (am 21. März) vor der außenpolitischen Kommission des Senats: «In allen freien Ländern Asiens sind Umsturzkräfte am Werk. An der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Front wird mit schmiegsamen Methoden gearbeitet, um den

Augenblick vorzubereiten, wo ein plötzlicher Gewinn durch militärische, revolutionäre oder andere Mittel möglich wird.» In Nordkorea und Nordvietnam seien die Kommunisten noch immer ziemlich stark; auf dem chinesischen Festland aber besäßen sie eine Armee von drei Millionen Mann und Hunderte von modernen Flugzeugen. Von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit China, so meinte Robertson, könne natürlich keine Rede sein. «Meiner Ansicht nach ist es phantastisch, zu argumentieren, daß man durch eine Anerkennung dieser internationalen Banditen ... unsere Probleme vereinfachen und uns größere Sicherheit bieten könnte.»

Auf Schwierigkeiten stößt die amerikanische Politik neuerdings auch in Pakistan, das sich beklagt, als Verbündeter der Vereinigten Staaten von diesen weniger Wirtschaftshilfe erhalten zu haben als das neutrale (freilich auch dreimal so volkreiche) Indien und in seinem Streit mit Indien wegen Kaschmir von den Vereinigten Staaten im Stiche gelassen zu werden. Die amerikanische Waffenhilfe an Pakistan ist zwar recht umfangreich, bringt aber nur Indien gegen die Vereinigten Staaten auf und belastet die indisch-pakistanischen Beziehungen übermäßig, so daß man sich in Pakistan fragt, ob sich Neutralität nach indischem Muster nicht doch besser bezahlt machen würde ...

Daß in Vorderasien die Dinge für Amerika erst recht nicht zum Besten stehen, ist ohnehin klar. Es heißt zwar die Lage allzusehr vereinfachen, wenn man sagt, die Sowjetunion stehe im Begriffe, die arabischen Länder in ihr Lager herüberzuziehen. Seit Beginn dieses Jahres hat im Gegenteil Moskau im Orient eher an Boden verloren. Gewonnen hat aber nicht der Westen, sondern Nasser mit seinem großarabischen Reichsplan. Durch die Schaffung der Vereinigten Arabischen Republik hat er Syrien in die Hand bekommen, die sowjetfreundlichen Kräfte in der Regierung von Damaskus ausschalten und die nun verbotene Kommunistische Partei in den Untergrund drängen können. Auch in Saudiarabien ist die ägyptenfreundliche Partei unter Kronprinz Faisal ans Ruder gekommen, ohne freilich das Land der Arabischen Republik anzuschließen oder sich gar mit Amerika zu überwerfen, das als Gegenleistung für das saudiarabische Öl einen so märchenhaften Dollarstrom in den Palast von Riad leitet. Der Libanon aber steht, wie Jordanien, unter starkem ägyptischem Druck und wird Mühe haben, seinen Bund mit dem Westen noch lange aufrechtzuerhalten. Nasser kann sich also recht erheblicher Erfolge rühmen, die sein Ansehen im Orient nicht wenig gestärkt haben. Dennoch darf er nicht daran denken, die Sowjetunion vor den Kopf zu stoßen. Er braucht Rückhalt an Moskau. So wickelt sich denn besonders die sowjetisch-syrische Zusammenarbeit weiterhin planmäßig ab. Seit Ende März weilt eine große Zahl sowjetischer Techniker in Damaskus, während die westlichen Fachleute hinauskomplimentiert wurden. Und in Ägypten selbst zählt Nasser fest auf sowjetische Finanz- und Konstruktionshilfe, um seine großen Industrialisierungspläne, mit dem Bau des neuen

Assuandammes an der Spitze, durchzuführen. Amerika scheint hier überall ausmanövriert zu sein, wie es Großbritannien schon längst ist.

Ein amerikanisches Sorgenkind besonderer Art ist schließlich immer Frankreich. Wohl haben die Vereinigten Staaten, zusammen mit Westdeutschland, kürzlich die Gefahr eines finanziellen Zusammenbruchs der Vierten Republik durch großzügiges Einspringen zu bannen vermocht. Aber für die politische Dauerkrise, in der das französische Regime steht, gibt es eben kein ebenso schnell wirkendes Heilmittel. Wie gänzlich zerrüttet Frankreichs Staatsapparat ist, hat man ja neuerdings bei dem Pariser Polizeiskandal gesehen, jener lärmigen Revolte der «Ordnungskräfte» gegen ihre eigene Regierung, die, aus einer Lohnbewegung herausgewachsen, zu einer regelrechten Hauptprobe für einen reaktionären Staatsstreich wurde. Claude Bourdet kennzeichnete im «France-Observateur» die Lage zutreffend: «Wir wissen schon seit einem oder zwei Jahren, daß es in Algerien Spezialtruppen gibt, deren Lieblingstraum es ist, nach Frankreich herüberzukommen und die Demokratie zu zerstören. Und anläßlich der Affäre von Sakiet haben wir auch erfahren, daß es in der Armee Generäle und Obersten gibt, die bei einer derartigen Operation gern an die Spitze dieser Knüppelgarden träten. Und jetzt haben wir schließlich entdeckt, daß die ‚republikanische' Polizei in Wirklichkeit stark mit rassistischen, judenfeindlichen, antiparlamentarischen Elementen durchsetzt ist, Geistesverwandten der Fallschirmer des Generals Massu . . . Die Kundgebung vom letzten Donnerstag hat zum mindesten den Vorteil gehabt, daß sie die tiefe Durchdringung der Polizei mit einem faschistischen Agentennetz geoffenbart hat, das sich auf die wiedereingestellten Kollaborationisten und die Gruppen der äußersten Rechten stützt.» Und zwar sei nicht nur die Polizei der Hauptstadt, sondern auch diejenige gewisser Provinzgegenden faschistisch verseucht – ein Zustand, der freilich alarmierend genug ist. Nimmt man dazu die soziale Unrast, von der Frankreich neuerdings ergriffen ist – die Streikbewegung erstreckt sich auf alle Lohnverdienerschichten, von den Eisenbahnern zu den Bergarbeitern, von den Gaswerksangestellten bis zu den Mittelschullehrern –, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich das staatliche wie das gesellschaftliche Gefüge der Vierten Republik mehr und mehr zersetzt.

Was die Amerikaner mit Geld und Propaganda tun konnten, um den für sie so entscheidend wichtigen französischen Bundespartner auf den Beinen zu halten, das haben sie seit einem Dutzend Jahren wirklich getan; sie werden sich aber heute selber sagen müssen, daß auf eine solche Stütze ihrer Europa- und Weltpolitik im Ernstfall kein Verlaß sein kann, besonders wenn Frankreich in Nordafrika festgelegt und für jede andere militärische Unternehmung gelähmt ist. Noch steht zu ihnen fest und treu die Wacht am Rhein, mit Konrad Adenauer als Oberhüter des christlichen Abendlandes – aber wie lange noch? Redet man nicht schon immer davon, daß Deutschland auf die Dauer besser

auf seine Rechnung käme, wenn es sich mit dem nahen Rußland und der hinter ihm stehenden Welt arrangieren würde, statt alles auf die amerikanische Karte zu setzen, die ja doch nicht mehr zweifelsfrei steche? Und hat nicht John Strachey, ehemaliger Kriegsminister im Kabinett Attlee und sicher Inhaber eines hohen Postens auch in einer kommenden Labourregierung, in einer vielbesprochenen Schrift jüngst gesagt, England müsse sich gegebenenfalls weigern, eine amerikanische Politik mitzumachen, «die von uns scharf mißbilligt und als friedensgefährdend betrachtet wird»? «Wir müssen in der Lage sein», so fordert er, «einen anderen Kurs einzuschlagen, auch wenn dies zu einer Entfremdung zwischen Großbritannien und Amerika und sogar zur Isolierung Amerikas führen könnte.» Das ist wirklich allerhand! Noch hält der antikommunistische Weltbund unter amerikanischer Führung ordentlich zusammen; aber die zentrifugalen Kräfte, die in ihm wirken, sind doch deutlich genug zu erkennen, und die Erwartung ist nicht unbegründet, daß die Völker in West und Ost schließlich doch von dem Kalten Krieg gegen die Sowjetunion und China genug bekommen und über alle Gegensätze des politisch-sozialen Regimes hinweg die unverbrüchliche Einheit unserer kleinen Erdenwelt tätig anzuerkennen bereit sein werden.

Ein Heide zu Christen Damit wäre die eine große Voraussetzung für die Schaffung einer haltbaren Friedensordnung gegeben. Bleibt die andere: die radikale Abkehr von allem Rüstungs- und Militärglauben. Und die zu bewerkstelligen, ist wohl noch schwerer, als sich von der fixen Idee einer drohenden gewaltsamen Bolschewisierung des Westens zu lösen. Denn hier haben wir es nicht nur mit uralten, tief verwurzelten Kampf- und Machtinstinkten zu tun, sondern auch mit einer Unfähigkeit des modernen Menschen, sich gegen die Greuelhaftigkeit des (konventionellen wie atomaren) Totalkrieges zu empören, die schlechterdings unerhört ist. Darauf weist mit besonders eindrucksvollem Ernst Dr. C. W. Mills hin, Professor der Soziologie an der Neuyorker Columbia-Universität, der in «The Nation» (8. März) als «Heide», wie er sich nennt, den Christen ihre Mitverantwortung für diesen Geisteszustand klarmacht. Die «Unempfindlichkeit der westlichen Welt» gegenüber moralischen Scheußlichkeiten, ja die Verkehrung solcher Scheußlichkeiten in moralisch gebilligte Gefühlsnormen sieht Mills schon im Ersten Weltkrieg am Werk; voll entwickelt sei sie aber erst im zweiten Krieg worden. «Die ‚Durchbombardierungen' in diesem Krieg waren eine unterschiedslose Bombardierung der Zivilbevölkerung im Kolossalmaßstab; die atomare Beschießung der Einwohnerschaft von Hiroshima und Nagasaki war ein Akt, dem keine Warnung und kein Ultimatum vorausging. Zur Zeit von Korea war der Vernichtungskrieg bereits vollkommen als Bestandteil unserer moralischen Welt angenommen.» Und die weitere Entwicklung der Kernwaffen durch die Vereinigten Staaten

und die Sowjetunion bedeutet vollends, so stellt Professor Mills fest, die Konzentration der nationalen Schaffenskräfte auf Werkzeuge des Massenmords. «Die Sprecher auf beiden Seiten sagen zwar, sie wüßten schon, daß der Krieg als Mittel irgendeiner Politik veraltet sei, außer wenn man sich gegenseitig vernichten wolle, erstreben aber doch den Frieden mit militärischen Mitteln und häufen dabei mit Erfolg immer neue Gefahren auf. So ein Wettrüsten hat es noch nie gegeben – ein wissenschaftliches Wettrüsten, das von der Vernichtungsstrategie beherrscht wird. Und bei jeder Wendung in dieser scheußlichen Konkurrenz werden beide Teile immer gereizter, so daß die Möglichkeit immer größer wird, daß im Charakter oder in der Technik begründete Unfälle plötzlich den Ausbruch der Hölle auslösen werden.»

An dieser moralischen Entartung hat, wie der Verfasser des Aufsatzes glaubt, das herrschende Christentum einen Hauptanteil. «Der bekenntnismäßige christliche Glaube an die Heiligkeit des Menschenlebens ist natürlich von der unpersönlichen Barbarei des Krieges im 20. Jahrhundert nicht berührt worden ... Die Religion ist ein williges geistiges Mittel und eine psychiatrische Stütze des Nationalstaats geworden ... In allem Ernst: Sind die Fernsehchristen in Wirklichkeit nicht Lehnstuhl-Atheisten? In Tat und Wahrheit leben sie ohne den Gott, den sie bekennen.» Fordert das aber nicht, so fragt er, zu äußerstem Widerstand aller wirklich von ihrem Glauben ergriffenen Christen heraus? «Sollten sie nicht die Scheinfrömmigkeit hochgestellter Männer anprangern, die religiöse Redensarten nur stehlen, um ihre Gewaltpolitik und ihren unmoralischen Mangel an politischer Haltung zu bemänteln? Sollten sie sich nicht weigern, zuzugeben, daß Unsittlichkeit eine Stütze in der Religion findet? ... Ich vermag wahrhaftig nicht zu sehen, wie man beanspruchen kann, Christ zu sein, und sich doch nicht vollkommen und glaubensmäßig gegen die Rüstungen und Versuche wendet, die jetzt im Blick auf einen dritten Weltkrieg im Gang sind ... Es besteht keine militärische Notwendigkeit für weitere Raketen. Es ist kein Bedarf für mehr Naturwissenschaften in der Schule; es ist nicht Realismus, noch mehr Geld für Waffen auszugeben. Notwendigkeit und Bedarf und Realismus sind die verzweifelten Schlagworte der moralisch Verkrüppelten. Was notwendig ist, das ist moralische Vorstellungskraft. Wessen wir bedürfen, das ist ein politisches Neubeginnen. Realismus heißt: sofort und nötigenfalls einseitig alle Rüstungen für einen dritten Weltkrieg einstellen ... Ich glaube, die entscheidende Probe auf euer Christentum liegt in eurem Zeugnis, daß ihr euch als einzelne und in Gruppen weigert, am Krieg teilzunehmen. Der Pazifismus, so glaube ich, ist der Prüfstein für euer Christentum – und für euch selber. Zum allermindesten sollte er d a s Diskussionsthema innerhalb der Christenheit sein.»

Mich hat dieser Anruf eines «Heiden» sehr bewegt; er beschämt uns tief mit seiner intellektuellen Sauberkeit und seinem starken, sicheren moralischen Gefühl. Wie vorteilhaft hebt er sich doch zum Beispiel

von dem herablassend-pseudorealistischen Kommentar ab, den der Londoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 990) dem Friedensmarsch englischer Pazifisten von London nach Aldermaston, dem Zentrum der Kernwaffenforschung, gewidmet hat. Es seien ja, so meint er, ganz überwiegend Linkskreise gewesen, die sich an diesem Unternehmen beteiligt hätten, während sich «aus kirchlichen und gemäßigten Schichten nur (!) idealistisch gesinnte Einzelgänger» dazu hätten «mitreißen» lassen. Die hoffnungslose Befürwortung eines einseitigen Verzichts «auf die einzige Waffe, die der westlichen Welt noch den Frieden in Freiheit gewährleistet», gewinne, so schließt der Mann, auch durch derlei dramatische Veranstaltungen nicht an Überzeugungskraft. Hoffnungslos erscheint u n s die geistige Haltung, die aus solchem Bekenntnis zur Atombombe spricht. Aber seien wir nur gewiß: es ist eine untergehende Welt, die ihre «Freiheit» – die Freiheit, die s i e meint – einzig noch mit der Drohung zu verteidigen weiß, gegebenenfalls eine moralische Ungeheuerlichkeit im Weltmaßstab zu verüben. Wirkliche Freiheit, Menschenwürde und Sittlichkeit werden erst aufleben und eine Stätte finden, wenn jene Welt überwunden ist. Und die «in triefender Nässe und eisiger Kälte verbissen dahinziehende Schar» von Pazifisten, von der in der «NZZ» berichtet wird, sie trug tausendmal mehr Zukunft in sich als der ganze patriotische Massenbetrieb der ewig Gestrigen, die mit ihren krampfhaft festgehaltenen Verzweiflungswaffen nur ihre völlige Ohnmacht bekunden, der Menschheit eine würdige, in Frieden gesicherte Wohnstatt zu erbauen!

9. April 1958 *Hugo Kramer*